

Metin Hakverdi

- (A) sich jetzt in Hamburg und Toulouse um den Brexit kümmern. Das ist bitter – für uns alle.

Die Situation von Airbus ist auch Sinnbild für unser Dilemma in der aktuellen geopolitischen Situation. Während sich die globalen Mächte neu aufstellen, bindet der Brexit-Prozess unsere Aufmerksamkeit in Europa. Auch deshalb ist es wichtig, dass wir bald zu einer Entscheidung kommen. Aus Broughton habe ich aber auch andere Stimmungen mitgebracht. Die Luftfahrtindustrie in Wales ist einer der größten Arbeitgeber der Region und zahlt sehr gute Löhne. Trotzdem hat eine Mehrheit – und das ist interessant – der Bevölkerung von Broughton dafür gestimmt, die Europäische Union zu verlassen.

Kolleginnen und Kollegen, um die Menschen für die europäische Idee zu gewinnen, reicht es eben nicht, nur eine Wettbewerbsgemeinschaft zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Oder wie Jacques Delors es einmal gesagt hat: „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt.“ Wir müssen mehr tun.

Erstens müssen wir dafür sorgen, dass dieser Wohlstand, den uns die EU verschafft hat – und nur die EU verschaffen kann – allen Menschen in unserem Land und in der Europäischen Union insgesamt zugutekommt. Das heißt: Europa muss auch sozialer werden. Wir brauchen einen europäischen Mindestlohn, und wir müssen dafür sorgen, dass in den Mitgliedstaaten der EU eine Mindestsicherung für alle Menschen bereitgestellt wird.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Beide Projekte müssen wir klar europäisch definieren und politisch durchsetzen. Ich möchte ein Plakat lesen, auf dem steht: Wir haben den Mindestlohn in Europa durchgesetzt. Schönen Gruß, Ihre EU.

(Kay Gottschalk [AfD]: Bitte nicht!)

Zweitens – genauso wichtig – müssen wir aufhören – das geht jetzt in die Richtung der AfD – pauschal schlecht über Europa zu reden

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

nach dem Motto „Alles Gute kommt aus dem nationalen Parlament, alles Schlechte aus Brüssel“. Damit kann man vielleicht eine nationale Wahl gewinnen, gut für die Menschen ist das nicht.

Kolleginnen und Kollegen, wir wissen nicht, was in den kommenden Wochen noch in Westminster passiert oder nicht passiert. Deshalb müssen wir uns auf einen harten Brexit vorbereiten. Da ist es gut, dass wir jetzt verschiedene Gesetzespakete auf den Weg gebracht haben. Mit dem Brexit-Steuerbegleitgesetz wollen wir insbesondere die Sachverhalte regeln, bei denen Menschen darauf vertraut haben, dass das Vereinigte Königreich ein Mitglied der Europäischen Union bleibt. Für mich ist das wichtigste Prinzip, dass wir bei allen Notfallgesetzen, die wir in den nächsten Wochen beschließen, diesen Vertrauensschutz gewährleisten. Den weiteren Anpassungsbedarf können wir dann im Ausschuss nach der öffentlichen

Anhörung besprechen. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Sepp Müller [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Matthias Hauer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Juni 2016 haben die Wählerinnen und Wähler im Vereinigten Königreich für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Das Ergebnis des Referendums war äußerst knapp. Es war sicherlich auch eine Momentaufnahme. Dennoch gilt es, diese Entscheidung zu respektieren. Ich sage sehr deutlich: Ich bedaure diese Entscheidung. Die Menschen in Schottland, in Nordirland, in England, in Wales, sie gehören genauso zu Europa wie die Menschen in Berlin, in Paris, in Rom oder in meiner Heimatstadt Essen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Die europäische Idee ist eine Idee von Frieden, Freiheit und Wohlstand. Sie wird dem Brexit standhalten, und sie wird auch den massiven Attacken von linken und rechten Populisten standhalten. Aber wir müssen in Europa stärker zusammenrücken. Wir müssen uns zusammenraufen und das betonen, was uns eint. Das sage ich als Deutscher und auch als überzeugter Europäer. (D)

Vor knapp zwei Jahren hat die britische Regierung den Trennungsprozess offiziell eingeleitet. Seitdem wurde mit Premierministerin May ein Abkommen ausgehandelt, um das Auseinandergehen möglichst geordnet zu regeln. Das Abkommen fand bekanntlich keine Mehrheit. Nun droht zum 29. März der ungeordnete Austritt Großbritanniens aus EU und Europäischem Wirtschaftsraum. Auf beide Szenarien, ob mit Abkommen oder ohne Abkommen, müssen wir vorbereitet sein. Es gilt, die negativen Folgen, die so oder so mit dem Brexit einhergehen, zu minimieren – für die Bürger in Deutschland, aber auch für die Bürger in Großbritannien und in der Europäischen Union insgesamt.

Dazu dient auch dieses Maßnahmenpaket, das wir heute beraten, unter anderem mit dem Brexit-Steuerbegleitgesetz. Wenn das Vereinigte Königreich aus EU und EWR ausscheidet, ist es steuer- und finanzmarktrechtlich als Drittstaat zu behandeln. Die unionsrechtlichen Regelungen finden dann im Verhältnis zum Vereinigten Königreich keine Anwendung mehr. Die daraus resultierende Rechtsunsicherheit wollen wir reduzieren. Mein Kollege Fritz Güntzler hat gerade die steuerrechtlichen Themen dargelegt. Ich will mich daher auf den Finanzmarktbereich konzentrieren.

Matthias Hauer

(A) Mit Übergangsregelungen für Banken, Versicherungen und andere Finanzunternehmen verhindern wir, dass grenzüberschreitende Verträge nach dem Brexit unverzüglich massenweise abgewickelt oder übertragen werden müssen. Wir schützen die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte durch Bestandsschutzregelungen im Pfandbriefgesetz und im Bausparkassengesetz, aber auch dadurch, dass die BaFin Unternehmen mit Sitz im Vereinigten Königreich in Teilbereichen künftig übergangsweise den Marktzutritt gestatten kann, also die entsprechende Nutzung der Regelungen zum sogenannten Europäischen Pass.

Die Stabilität des Finanzmarktes in Deutschland stärken wir auch durch eine Änderung des Kreditwesengesetzes. Ein kleiner Personenkreis wird beim Kündigungsschutz künftig leitenden Angestellten gleichgestellt. Davon ist nur betroffen, wer als Risikoträger bei einem bedeutenden Finanzinstitut arbeitet und ein Jahreseinkommen von weit über 200 000 Euro erhält. Den Instituten wird also ermöglicht, sich leichter von den Beschäftigten zu trennen, die Einfluss auf das Risikoprofil der gesamten Bank haben. Für alle anderen Beschäftigten bleibt der Kündigungsschutz – das ist uns besonders wichtig – unverändert bestehen. Der Finanzplatz Deutschland wird dadurch für Finanzinstitute attraktiver, gerade für Institute, die im Zuge des Brexit vor der Entscheidung stehen, ihre Geschäfte innerhalb der EU aus Deutschland heraus fortzuführen.

(B) Wir werden in den anstehenden Beratungen den Gesetzentwurf kritisch beleuchten. Es wird auch Ergänzungen geben. Am Ende muss eine Lösung stehen, die den Finanzplatz Deutschland stärkt und für die Beteiligten möglichst Rechtssicherheit schafft. Dafür setzt sich die CDU/CSU-Fraktion ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Alexander Radwan für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Radwan (CDU/CSU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir debattieren die Auswirkungen des Brexits. Ich konzentriere mich auf die Auswirkungen auf die Finanzmärkte, die den Bereich des Finanzausschusses tangieren. Im Juni 2016 – der Kollege Hauer hat es gesagt – war bereits das Referendum. Es hat dann gedauert, bis die entsprechenden Anträge gestellt wurden. Es sind seitdem über zweieinhalb Jahre vergangen.

Frau Stark-Watzinger, Sie haben die Bundesregierung wegen ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Graf Lambsdorff gerügt. Ich schätze Sie beide sehr. Allerdings kann ich in diesem Fall die Rüge nicht verstehen; denn es war richtig, meine Damen und Herren, dass man in dieser Situation des Ausscherens Großbritanniens nicht den Versuchungen nachgibt, bereits nach eineinhalb Jahren singulär vorzugehen, und jeder Mitgliedstaat dann

den einen oder anderen Weg finden muss. Es war richtig, dass die Kommission für alle Mitgliedstaaten verhandelt. Nur so konnten wir unsere Position auch entsprechend einbringen und durchsetzen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Chaos ist nicht auf europäischer oder deutscher Seite entstanden, sondern auf britischer Seite – darin ist sich ja die überwiegende Mehrheit hier im Haus einig –, und zwar durch Versprechungen, die gegeben wurden und letztendlich nicht gehalten wurden.

Meine Damen und Herren, das Chaos, das sich heute in Großbritannien zeigt, darf sich nicht auf den europäischen Finanzmarkt übertragen. Darum hat die EU dort gehandelt, wo sie Zuständigkeiten hat, zum Beispiel beim Clearing. Beim Clearing soll es entsprechende Übergangslösungen geben. Die Äquivalenz soll so lange hergestellt werden, bis Maßnahmen getroffen sind. Wir müssen uns nämlich vor Augen führen: Der größte Finanzplatz verlässt die Europäische Union, der Europäische Pass geht verloren. – Die Kritik, zu lange gewartet zu haben, möchte ich heute an die Marktteilnehmer richten. Das, was jetzt eingetreten ist, kam nicht überraschend. Es musste so nicht kommen. Aber ich finde es schon bemerkenswert, dass viele hochbezahlte Manager in den verschiedensten Industrien sich zurücklehnen und warten, was kommt. Sie sagen: Jetzt müsst ihr es regeln. – Das war ja auch ein Stück weit die Taktik der Briten nach dem Motto „Wir müssen nur genügend Druck aufbauen, dann werden die entsprechenden Nationalstaaten Zugeständnisse machen“. (D)

(Beifall des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD])

Meine Damen und Herren, neben den wirtschaftlichen Themen, die wichtig sind, stehen der Fortbestand und die Einheit der Europäischen Union auf dem Spiel. Darum war es richtig, wie wir bisher vorgegangen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dort, wo wir national gehandelt haben oder die Möglichkeiten dazu haben, tun wir das jetzt. Der Kollege Hauer hat auf die Vertragskontinuität hingewiesen. Dort gibt es entsprechende Übergangsfristen. Wir müssen insbesondere auf die Altverträge schauen. Bei den Pfandbriefen müssen wir uns in der Anhörung mit der Frage beschäftigen, ob wir, was die Drittlandproblematik angeht, auch zukünftig bestimmte Möglichkeiten eröffnen. Das werden wir im konkreten Gesetzgebungsverfahren noch nachholen können.

Ich halte auch die Frist bis 2020 für richtig, gerade mit Blick auf das, was ich über die Marktteilnehmer gesagt habe, die sich sonst zurücklehnen. Wenn bestimmte Eventualitäten eintreten, die wir nicht absehen konnten, müssen wir natürlich auch darüber nachdenken, wie die nationalen Aufsichtsbehörden und die Europäische Zentralbank reagieren können.